

Gemeinsame und unterschiedliche Positionen in der Friedensbewegung

Karl-Heinz Peil



Karl-Heinz Peil, Frankfurt a. M., Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. und Bundesausschuss Friedensratschlag

Die im November 2017 vorgestellte Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten«¹ betont den engen Zusammenhang zwischen forcierter Aufrüstung in Richtung 2% des BIP einerseits, der Vernachlässigung dringender gesellschaftlicher Aufgaben andererseits. Dass führende Vertreter der Gewerkschaften und der Umweltbewegung zu ihren Erstunterzeichnern gehören und auch in den bisher herausgegebenen Kampagnenmaterialien (Abrüstungszeitungen) mit Kurzbeiträgen vertreten sind, stellt einen bündnispolitischen Meilenstein dar.

Die Verbindung von Hochrüstung und Sozialabbau ist zwar nichts prinzipiell Neues, wenn man sich z. B. daran erinnert, dass bereits Anfang der 1970er Jahre von DKP und SDAJ der Slogan »In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix« eingesetzt wurde. Heute aber hat die Unterfinanzierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen, bedingt durch neoliberale Schuldenbremse, Privatisierungen und Staatsabbau, eine weit dramatischere Dimension. Bei zivilgesellschaftlichen Aktionen hiergegen wird nicht nur darauf verwiesen, dass nach Ausbruch der Finanzkrise vor 10 Jahren plötzlich zig Milliarden für die Bankenrettung flüssig gemacht wurden, sondern dass heute die Rüstungsmilliarden für angeblich fehlende Geldmittel (mit) verantwortlich sind. Hilfreich ist auch ein Vergleich mit Großbritannien, wo eine ähnlich gelagerte Kampagne im Rahmen der »Global Campaign on Military Spending« bereits seit längerem aktiv ist.²

Bis Mitte September 2018 wurden für »Abrüsten statt aufrüsten« ca. 80.000 Unterschriften »auf der Straße« gesammelt (plus 20.000 im Internet). Über ein Drittel davon, 32.000 Unterschriften, hat die DKP mit ihren kaum 3.000 Mitgliedern binnen eines halben Jahres zusammengetragen – und dies, obwohl kein DKP-Vertreter zu den Erstunterzeichnern gehört. Das macht deutlich, welche noch unausgeschöpften Möglichkeiten in diesem Appell stecken – würde auch nur die Partei Die Linke (PDL), die ja parlamentarisch die Anliegen der Friedensbewegung unterstützt und deren Programmatik ganz auf der Linie des Aufrufs liegt, ihre über 60.000 Mitglieder für dessen Verbreitung und Unterstützung mobilisieren.

Natürlich wird in Teilen der Friedensbewegung darüber debattiert, was in dem Aufruf fehlt bzw. was man expliziter hätte formulieren kön-

1 Siehe Aufrufertext unter <https://abruesten.jetzt>

2 Siehe dazu: <https://demilitarize.org.uk/>

nen. Dass in jedem Bündnis neben einem Minimalkonsens auch weitergehende Forderungen seitens der Beteiligten bestehen, hat schließlich eine lange Tradition. Zu diskutieren ist aber, welche Relevanz eindeutige und weitergehende Positionierungen zu friedenspolitischen Fragen haben. Dazu soll nachfolgend ein kurzer und unvollständiger Blick auf einzelne Themenfelder und die damit verbundene Streitkultur geworfen werden.

Russische Politik: imperialistisch versus defensiv

Russland ist ein kapitalistischer Staat mit ausgeprägter Oligarchen-Herrschaft. Ob die Außen- und Militärpolitik des Landes deshalb als imperialistisch zu bezeichnen ist, wird kontrovers diskutiert. Allerdings ist dies eine vor allem von marxistischen Ökonomen zu klärende Frage, wenn man die aktuelle russische Politik nicht losgelöst von der der NATO betrachtet. Den Charakter der NATO als aggressives Militärbündnis erkennt man am deutlichsten an deren seit 1990 erfolgter schrittweiser Ausdehnung an Russlands Westgrenze und den nach wie vor auf dem Tisch liegenden Optionen für eine Ausdehnung an die russischen Südgrenzen mit den Beitrittskandidaten Ukraine und Georgien. Da dieses sehr viel mit der deutschen Politik, d. h. dem Zwei-plus-vier-Vertrag und den damit verbundenen »Nebenabsprachen« zu tun hat, die sich aus russischer Sicht als Lug und Trug erwiesen haben, gibt es von Teilen der Friedensbewegung auch deutliche Kritik an der Verantwortung, die die deutsche Politik für russische Gegenreaktionen trägt. Allerdings dominiert auch unter Kräften, die sich zur Friedensbewegung zählen, wohl nach wie vor eine »Äquidistanz« gegenüber NATO und Russland. Beispielhaft dafür steht, dass auf dem letzten PDL-Parteitag ein Antrag, der eine gute Nachbarschaft zu Russland sowie die Aufhebung der antirussischen EU-Sanktionen forderte, keine Mehrheit fand.

Vor allem zum Russland-Ukraine-Konflikt und der Krim-Angliederung gehen die Meinungen weit auseinander, denn auch ohne Würdigung der Vorgeschichte ist die Krim-Angliederung durch Russland völkerrechtlich kritisch zu sehen. Differenzierte Sichtweisen dazu sind aber in den Mainstream-Medien nicht zu finden, wo diese nur pauschal als Annexion dargestellt wird.

Syrien-Krieg: Komplexität versus Schwarz-weiß-Denken

Der Syrien-Krieg stellt sich als sehr komplex dar wegen wechselnder Akteure und Koalitionen. Mehrere kontroverse Themenbereiche und medial einseitige Darstellungen überlagern sich hierbei.

Die auslösenden zivilgesellschaftlichen Proteste richteten sich 2011 zweifellos gegen die syrische Regierung unter Präsident Assad. Obwohl die militärische Einmischung von außen durch eingeschleuste Söldner

sehr schnell und offen sichtbar wurde, gibt es bis heute in Teilen der Friedensbewegung Anhänger des Mythos eines gewaltfreien Widerstandes gegen ein repressives Regime unter dem Label »Adopt a Revolution«.

Die im September 2013 erfolgreiche russische Diplomatie, mit der angesichts von Giftgas-Vorwürfen gegen die syrische Regierung die von NATO-Ländern angedrohten Militärschläge verhindert wurden, wird heute auch in der Friedensbewegung kaum noch thematisiert. Die direkte russische Intervention in Syrien ab 2015 dagegen wird seitdem regelmäßig verurteilt. Zugespitzt erfolgte dies Ende 2016 bei der militärischen Befreiung Aleppo. Die für unsere Mainstreammedien charakteristische Dämonisierung Putins sowie die unreflektierte Verurteilung Assads hinterlässt dabei ihre Spuren auch in Äußerungen aus der Friedensbewegung.

Hinzu kommt die schwierige Bewertung der kurdischen Autonomie im Nordosten des Landes. Das berechnete Streben nach lokaler und regionaler Autonomie droht jedoch unter den gegebenen Umständen das Staatsgebilde Syrien zu spalten. Die Kurden sehen sich mit den völkerrechtswidrig dort präsenten US-Streitkräften in einem taktischen Zweckbündnis gegen die Bedrohung durch Erdogans Kriegsterror und Genozid. Für die USA hingegen ist dieses die letzte strategische Option in Syrien, um überhaupt noch eine Nachkriegsordnung zu beeinflussen. Die derzeitige Autonomie in Rojava wird nicht nur von den in Deutschland lebenden Kurden aktiv unterstützt, sondern hat auch trotz notwendiger, kritischer Einwände den wünschenswerten Brückenschlag zur deutschen Friedensbewegung gefunden.

Deutsche Souveränität versus US-Abhängigkeit

Es gibt geteilte Meinungen darüber, ob sich die Friedensbewegung direkt gegen die US-Politik als hauptverantwortlich für weltweite Kriege oder vor allem gegen die deutsche Politik als eigenständige imperiale Macht und Kriegstreiber richten muss. Auch wenn man in vielen Fällen auf eine Instrumentalisierung der deutschen Politik für US-Konflikteskalationen gegenüber Russland verweisen kann, hat dies nichts zu tun mit dem einfach gestrickten Weltbild rechtsextremer Kreise, die immer noch davon schwadronieren, dass Deutschland eine US-Kolonie sei. Nur aus diesem Grunde müssten Bundeswehr-Auslandseinsätze abgelehnt werden, da diese nur fremden Interessen dienen würden. Für die Friedensbewegung geht es aber immer um die eigenständige und eigenverantwortliche Rolle der deutschen Politik, selbst bei einer Thematik wie dem US-Drohnenkrieg via Ramstein.

Die Bewertung der aktuellen US-Politik wird häufig durch Debatten um die Person von Donald Trump überlagert. Dem verbalen Zick-Zack-Kurs Trumps in vielen Fragen steht entgegen, dass er bereits seit seinem Wahlkampf einen konsequenten Aufrüstungskurs verfolgt. Sein an-

fängliches Infragestellen der NATO hat sich dabei als taktisches Manöver erwiesen, um die NATO-Mitgliedsländer auf höhere Rüstungsausgaben einzuschwören.

NATO und EU-Militarisierung

Die NATO ist ein aggressives Militärbündnis – darüber besteht in der Friedensbewegung Konsens. Anders als die NATO hat in der deutschen Bevölkerungsmehrheit die mit der »Europaidee« – »Alle Menschen werden Brüder« – verwechselte EU ein positives Image, weshalb auch die forcierte militärische Aufrüstung im Rahmen der EU derzeit überwiegend als Effizienz-Verbesserung durch Kooperation gesehen wird. Auch innerhalb der Friedensbewegung ist noch Aufklärungsarbeit darüber notwendig, was aktuell mit PESCO als Eskalation der EU-Militarisierung voranschreitet. Strittig ist in der Friedensbewegung, ob die EU an sich als Friedensprojekt anzusehen ist, das durch die forcierte Militarisierung gefährdet ist, oder ob bereits den Ursprüngen der EU bzw. deren Vorläufern EWG und EG eine andere Agenda zugrunde lag.

Palästina-Solidarität oder »Israel-Kritik«?

Innerhalb der Friedensbewegung gibt es prinzipiell wenig Kontroversen über den Israel-Palästina-Konflikt. Dennoch steht verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern die Palästina-Solidarität in Deutschland auf schwachen Füßen. Dieses ist vor dem Hintergrund der gerade in der jüngsten Zeit stark zunehmenden Instrumentalisierung der Antisemitismus-Debatte mit massiven Diffamierungen geschuldet (Stichwort: »Israel-Kritik« als angeblich versteckter Antisemitismus). Dazu gehört auch das faktische Einschwenken der PDL-Bundestagsfraktion auf einen Pro-Israel-Kurs anlässlich einer parteiübergreifenden Erklärung zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel.

Prinzipiell besteht zwar Konsens darüber, dass der Nahost-Konflikt durch Anerkennung palästinensischer Rechte gelöst werden muss. Kontroversen bestehen aber durch das genannte politische Umfeld, was Rückwirkungen auf Positionierungen in dieser Frage hat. Strittig ist, inwieweit der Holocaust einer kritischen Auseinandersetzung mit der israelischen Regierungspolitik entgegensteht. Diese müsste nämlich als rechtsextrem und rassistisch verurteilt werden. Dass die deutsche Politik darauf verzichtet, gehört zu den zahlreichen Beispielen doppelter Standards. Noch gravierender ist der Umstand, dass an der Spitze dieser Regierung mit Ministerpräsident Netanyahu einer der derzeit größten Kriegstreiber weltweit steht, als Brandstifter für einen drohenden Krieg mit dem Iran, der alle bisherigen Kriege im Mittleren Osten weit in den Schatten stellen würde. Innerhalb der Friedensbewegung wird dieses aber aus den genannten Gründen nur unzureichend thematisiert.

Bundeswehr-Helme im Ausland von blau nach olivgrün?

Zu möglichen Bundeswehr-Auslandseinsätze erfolgten bereits Mitte der 90er Jahre Plädoyers für Blauhelm-Einsätze innerhalb der UNO, damals u. a. durch Gregor Gysi. Die Streitfrage war und ist hierbei weniger, wie Blauhelm-Einsätze als solche zu bewerten sind, als vielmehr deren Türöffnerfunktion zur weiteren Militarisierung der deutschen Politik (Stichwort: »Neue Verantwortung«). In diesem Kontext sind auch die Probleme für Projekte zur zivilen Entwicklung zu nennen, die sich mit der langjährigen zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) vor allem in Afghanistan gezeigt haben (Stichwort: »Brunnen bohren mit der Bundeswehr«).

Erschwert wird eine Gesamtbewertung dadurch, dass derzeit (Stand August 2018³) von den insgesamt 15 weltweiten Einsatzorten unterschiedliche Zuordnungen zu NATO-, EU- und UN-Missionen bestehen, die nur teilweise als Kampfeinsätze deklariert sind. Unabhängig von solchen Detailfragen besteht aber in der Friedensbewegung prinzipielle Einigkeit darüber, dass die vom Bundestag mandatierten Bundeswehreinsätze zu beenden sind.

Atomwaffenfrei in Büchel und weltweit

Einhellig unterstützt wird in der Friedensbewegung die Kampagne »Atomwaffenfrei.jetzt« mit der Aktionspräsenz in Büchel. Inhaltlich geht es dabei im Wesentlichen um zwei Hauptforderungen.

- *Erstens*: Atomwaffen weltweit ächten und abschaffen. Diese Forderung richtet sich aktuell vor allem gegen die Boykothaltung der Bundesregierung gegenüber dem UN-Abkommen zur Ächtung der Atomwaffen, dessen Ratifizierung auch die meisten anderen NATO-Länder verweigern.
- *Zweitens*: Atomwaffen vom noch verbliebenen deutschen Standort Büchel abziehen und damit einhergehend der Verzicht auf eine atomare Teilhabe der Bundeswehr – zumal »interessierte Kreise« in jüngster Zeit eine direkte deutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen wieder ins Gespräch bringen.

Vom Stopp der Rüstungsexporte zur Rüstungskonversion

Keine andere Kampagne der Friedensbewegung findet – gemessen an der Zahl der Trägerorganisationen – eine größere Unterstützung als »Aktion Aufschrei – Stopp den Waffenhandel!«. Vor allem kirchliche Friedens-

3 Siehe: Das Parlament, Ausgabe vom 20.8.2018, Auszug abrufbar unter: http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/2018/2018-08-20_DasParlament_BundeswehrAusland.pdf

organisationen unterstützen diese Forderung. Zurecht wird dabei betont, dass Rüstungsexporte in Konfliktregionen wesentlich zu Fluchtbewegungen beitragen. Noch entwicklungsfähig ist die weitergehende Forderung nach Konversion der Rüstungsindustrie. Bei entsprechenden Konzepten ist es unvermeidbar, auch die Eigentumsfrage zu stellen, womit diese Debatte eine grundsätzliche Bedeutung erlangen kann.

US-Drohnenkrieg und deutsche Kampfdrohnenbeschaffung

»Stopp Air Base Ramstein« steht für eine Kampagne, die seit 2015 mit jährlichen Aktionstagen mittlerweile eine tragende Säule in der deutschen Friedensbewegung geworden ist, trotz prinzipieller Kontroversen, auf die unten noch eingegangen wird. Die Kampagne richtet sich dabei schwerpunktmäßig gegen den US-Drohnenkrieg via Ramstein, bzw. die Duldung der völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Nutzung der Air Base durch die Bundesregierung. Darüber hinaus wird langfristig die Schließung der Air Base und eine sozial-ökologische Konversion der Militärregion Kaiserslautern gefordert. Die bundesweite Kampagne ist regional verankert, wo auch die durch die Air Base verursachten Umweltprobleme zunehmend behandelt werden. Auch die vorgesehene Kampfdrohnenbeschaffung durch die Bundeswehr wird thematisiert. Von den verschiedenen Kommandofunktionen, die auf der Air Base angesiedelt sind, rückt zunehmend das NATO Allied Air Command (AIRCOM) in den Fokus, das als Einsatzzentrale des sogenannten Raketenabwehrsystems der NATO mit Raketenstationierungen an Russlands Westgrenze demnächst komplett in Betrieb gehen soll.

Ursachen vorhandener Kontroversen

Unterschiedliche Positionierungen aufgrund weltanschaulicher Ausrichtung haben heute – anders als zu den Zeiten des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz mit dem sozialistischen Lager – eine eher nachrangige Bedeutung. Vergleichbare Konflikte entstehen vor allem im Umfeld derjenigen Strömungen, die sich den Konzepten der zivilen Konfliktbearbeitung verpflichtet sehen und die eigentlichen Ursachen kriegerischer Konflikte ausblenden, nämlich Herrschaftsverhältnisse und machtpolitische Interessen. Friedenspolitische Aktivitäten bestehen in diesem Umfeld darin, thematische Nischen zu besetzen, mit denen eben die Machtfrage nicht gestellt wird.

Zum erheblichen Teil sind inhaltliche Kontroversen auch auf mangelnde Medienkompetenz zurückzuführen. Insbesondere die extrem einseitigen medialen Darstellungen mit wechselnden Feindbildern bzw. der Dämonisierung von führenden Politikern wie Putin oder Assad hinterlassen ihre Spuren in der leichtfertigen, unreflektierten Übernahme propagandistischer Darstellungen. Die medial gesetzten Doppelstan-

dards bei weltweiten Konflikten werden leider auch in großen Teilen der Friedensbewegung übernommen. Beispielhaft steht dafür die Menschenrechtskampagne gegen Russland bei gleichzeitigem Ausblenden der faschistischen Umtriebe in der Ukraine.

Auch die Kontroversen über »rechtsoffene«, »rechtslastige« und »Querfront«-Bündniskonstellationen (wie z.B. gegen die Kampagne »Stopp Air Base Ramstein« gerichtet) sind vor diesem Hintergrund zu sehen, da solche Vorwürfe eine eindeutige Stoßrichtung gegen alternative Online-Medien haben. Diese finden mittlerweile einen wachsenden Zuspruch aufgrund der Defizite von Mainstream-Medien in puncto umfassender Berichte und Ausgewogenheit, gelten aber teilweise als »umstritten«. Das mediale Framing mit politischen Kampfbegriffen wird leider auch in der Friedensbewegung immer noch unzureichend durchschaut. Dadurch ausgelöste Debatten haben auch mit mangelnder Reflexion der eigenen aufklärerischen und humanistischen Grundwerte zu tun, wozu vor allem historische Wurzeln wie der Antifaschismus gehören. Die meisten Abgrenzungsdebatten würden sich damit erübrigen.

Der Verweis auf geschichtliche Wurzeln der Friedensbewegung ist aufgrund des voranschreitenden Generationswechsels eine immer größere Notwendigkeit im Sinne eines Bildungsauftrages. Das heißt: Junge und politisch unerfahrene Friedensbewegte dürfen nicht wegen diffuser politischer Ansichten diffamiert, sondern müssen politisch gefördert werden.

Ein weiteres Problem sind auch die persönlichen Umgangsformen bei Streitfragen. Durch die digitale Kommunikation per E-Mail und die sozialen Medien hat die direkte Kommunikation (»face to face«) gelitten. Bei allen Aktionsplanungen der Friedensbewegung sind aber direkte Gespräche unverzichtbar. Welche Personen beziehen wir aus Gründen der Zweckmäßigkeit und politischen Opportunität mit ein? Welche Personen sind aus bestimmten Gründen problematisch? Diese Fragen wurden und werden immer wieder gestellt. Häufig erhält persönliche und/oder politische Kritik an Personen durch eine faktisch eher einseitige digitale Kommunikation eine unkontrollierte Eigendynamik. E-Mails und Internet-Beiträge werden meistens nur flüchtig gelesen, woraus Falschbehauptungen und notwendige Gegenreaktionen erfolgen zur Richtigstellung dessen, was tatsächlich niedergeschrieben bzw. in einem Vortrag mit Videoaufzeichnung gesamthaft bzw. kontextual gesagt wurde. Damit blühen auch diffamierende Bewertungen anstelle von solidarischer Kritik.

Zusammenfassung und Vorschläge

Trotz einer Vielzahl unterschiedlicher Positionierungen über die gesamte Bandbreite friedenspolitisch relevanter Fragen gibt es einen ausgeprägten Konsens in grundlegenden Fragen zum derzeit laufenden Aufrüstungsschub, den Bundeswehr-Auslandseinsätzen, Rüstungsexporten

und Atomwaffen. Dieser schlägt sich auch in erfolgreichen Bündnissen nieder.

Viele internen Kontroversen der letzten Jahre mit einem diffamierenden Kontext konnten nur aufkommen, weil die eigene Identität als Friedensbewegung ausgeblendet wurde, d. h. mittels einer Debatte ohne Berücksichtigung der bereits durch vorhandene Grundwerte bedingten Abgrenzungen. Deshalb sollte ein strukturierter Rückgriff auf Grundwerte, inhaltliche Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Positionen zu solidarisch-kritischen anstatt diffamierenden Diskussionen führen. Bei einer davon losgelösten Abgrenzungsdebatte kann unterstellt werden, dass diese von außen nach dem Prinzip »Teile und herrsche« hineingetragen wird, um die notwendige Stärkung der Friedensbewegung zu verhindern.

Bei allen Überlegungen zur notwendigen Stärkung der Friedensbewegung sollten deshalb folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- *Erstens*: Vorhandene Bündniskonstellationen mit Breitenwirkung wie »Abrüsten statt aufrüsten« müssen mit dem persönlichen Engagement möglichst vieler Friedensbewegter weiterentwickelt werden.
- *Zweitens*: Es müssen vor allem diejenigen Menschen gewonnen werden, die bereits für andere zivilgesellschaftliche Initiativen mobilisiert werden konnten (z. B. »Seebrücke«, »Aufstehen gegen Rassismus«). Dieses ist vor allem auch ein Bildungsauftrag.
- *Drittens*: Es muss ein souveräner Umgang mit einseitigen medialen Darstellungen und Kriegspropaganda erfolgen, wozu eine eigene Meinungsbildung in kontroversen Fragen notwendig ist.
- *Viertens*: Bei internen Konflikten muss eine Kultur mit solidarischer Kritik gepflegt werden. ■